
Der Aufstieg des Antisemitismus im Ersten Weltkrieg

In den Krisenjahren des Ersten Weltkrieges und der Nachkriegszeit erreichte der Antisemitismus eine zuvor in diesem Ausmaß nicht gekannte öffentliche Wirksamkeit.¹ Die Entwicklung zeichnete sich schon in den ersten Kriegsmonaten ab. Als die militärischen Aktionen nicht zum erhofften schnellen Sieg führten, verflog die Begeisterung rasch. Bei Soldaten und Zivilisten kehrte Ernüchterung ein. Im Heer und in der übrigen Bevölkerung brach die tief verwurzelte antijüdische Animosität wieder offen hervor. Mit den Opfern und Entbehrungen, die der Krieg den Menschen auferlegte, nahm der Antisemitismus an Bedeutung zu. Hieran waren alldeutsche und völkische Kreise nicht unbeteiligt. Die antisemitische Bewegung verschaffte ihnen eine Massenbasis und erhöhte ihr politisches Gewicht. Teile der wilhelminischen Machteliten paßten sich der veränderten Stimmungslage an, kamen dem Antisemitismus weit entgegen und schlossen mit der extremen Rechten ein Bündnis. So bildete sich noch während des Krieges in der deutschen Politik eine „reaktionär-demagogisch-nationalistische Richtung“ heraus.² Aus dieser alldeutsch-konservativen Allianz ging nach der militärischen Niederlage und dem politischen Zusammenbruch des Kaiserreichs die militante antidemokratische Bewegung hervor, die der Weimarer Republik den Kampf ansagte. Sie organisierte

¹ Vgl. Deutsches Judentum in Krieg und Revolution, hrsg. v. W. E. Mosse, Tübingen, 1971.

² So der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Philipp Scheidemann im Oktober 1916. Vgl. E. Zechlin, Die deutsche Politik und die Juden im Ersten Weltkrieg, Göttingen 1969, S. 547 f.

sich in politischen Parteien, paramilitärischen Kampfbünden, Geheimorden und Agitationsverbänden. Dem Antisemitismus räumten sie ideologisch und propagandistisch einen herausragenden Platz ein. Mord, Terror und Putschversuche zählten zu den bevorzugten Mitteln der politischen Auseinandersetzung.

Die deutsche Bevölkerung begrüßte den Ausbruch des Weltkrieges mit einer heute kaum noch vorstellbaren Begeisterung. Freudig erregte Menschen füllten die Straßen, Hunderttausende meldeten sich freiwillig zum Dienst mit der Waffe. Alle wollten in der Stunde der Not dem Vaterland beistehen, das, wie die getäuschte Öffentlichkeit glaubte, vom revanchelüsteren Frankreich, perfiden England und autokratisch-rückständigen Rußland eingekreist und von seinen Feinden zum Kampf um die Verteidigung seiner Existenz gezwungen worden sei. Eine ähnliche Kriegsbegeisterung herrschte in anderen Ländern, besonders in Frankreich. Auf beiden Seiten des Rheins ging vom Nationalismus eine so gewaltige integrative Kraft aus, daß sich ihr kaum jemand zu entziehen vermochte. Selbst die Sozialisten eilten bereitwillig zu den Waffen, obwohl sie kurze Zeit vorher noch gegen den drohenden Krieg demonstriert und die internationale Solidarität der Arbeiterklasse beschworen hatten.

Der patriotische Begeisterungstaukel riß auch die jüdische Bevölkerung mit sich fort. Über 10000 deutsche Juden meldeten sich freiwillig zum Kriegsdienst. Einer von ihnen war der Göppinger Rabbiner Arnold Tänzer, der eindrucksvoll „jene einzigartige Empfindung hingebungsvoller Begeisterung“ schilderte, die „in den ersten Augusttagen des Jahres 1914 jedes deutschfühlende Herz höher schlagen ließ! Noch heute zittert diese Empfindung in mir nach und haftet unverwischbar in meiner Erinnerung.“³ In einem Land wie Deutschland, wo Juden immer wieder unter den ihnen entgegengebrachten Ani-

³ Memoiren von Arnold Tänzer (undatiert), in: Monika Richarz (Hrsg.), Jüdisches Leben in Deutschland, Bd. 2: Selbstzeugnisse zur Sozialgeschichte im Kaiserreich, Stuttgart 1979, S. 445–461, hier S. 445.

mositäten zu leiden hatten, begrüßten die jüdischen Bürger den Krieg doppelt: zum einen als deutsche Patrioten, zum anderen als wenig geachtete und oft zurückgesetzte Juden, die durch Pflichterfüllung, Vaterlandsliebe und Opferbereitschaft jeden Zweifel an ihrer nationalen Zuverlässigkeit zerstreuen wollten. In diesem Sinne riefen jüdische Organisationen wie der „Centralverein“ und der „Verband der deutschen Juden“ in einer gemeinsamen Erklärung ihre Mitglieder auf, „über das Maß der Pflicht hinaus“ die Kräfte dem Vaterland zu widmen. Auch die „Zionistische Vereinigung für Deutschland“, also eine nationaljüdische Organisation, legte ein Treuebekenntnis zur deutschen Nation ab und sprach die Erwartung aus, daß die zionistische Jugend „freudigen Herzens freiwillig zu den Fahnen“ eile.⁴ So zogen die deutschen Juden begeistert an die Front, kämpften, litten und starben für das Vaterland. Einer der ersten Gefallenen war der jüdische Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, der sich freiwillig gemeldet hatte. Insgesamt nahmen rund 100 000 Juden als Soldaten am Krieg teil. 78 000 leisteten ihren Militärdienst an der Front ab, 12 000 bezahlten ihren Einsatz mit dem Leben, 30 000 erhielten Tapferkeitsmedaillen, 19 000 wurden befördert, davon 2000 in den Offiziersrang erhoben.⁵

In den ersten Kriegsmonaten verfehlten Patriotismus und Opferbereitschaft ihre Wirkung nicht. Es hatte den Anschein, als ob sich die Hoffnungen erfüllten, der Antisemitismus also der Vergangenheit angehörte und die jüdische Minderheit künftig keinen administrativen Diskriminierungen mehr ausgesetzt sein würde. So erkannten selbst manche eingefleischten Antisemiten wie Chamberlain das eindrucksvolle Verhal-

⁴ Zechlin (s. Anm. 2), S. 86–100; hier S. 87, 90; vgl. S. Friedländer, Die politischen Veränderungen der Kriegszeit und ihre Auswirkungen auf die Judenfrage, in: Mosse (s. Anm. 1), S. 27–65; Werner Jochmann, Die Ausbreitung des Antisemitismus, in: ebd., S. 409–510; E. G. Reichmann, Der Bewußtseinswandel der deutschen Juden, in: ebd., S. 511–612.

⁵ Vgl. J. Segall, Die deutschen Juden als Soldaten im Kriege 1914–1918. Eine statistische Studie, Berlin 1921; F. Oppenheimer, Die Judenstatistik des preußischen Kriegsministeriums, München 1922.

ten der deutschen Juden an: „Sie tun ihre Pflicht als Deutsche vor dem Feinde oder daheim.“⁶ Die Reichsleitung, die Regierungen der Einzelstaaten und die Militärbehörden lockerten die Verwaltungspraxis auf. Bekannte jüdische Industrielle und Wissenschaftler wie Walther Rathenau, Franz Oppenheimer und Fritz Haber übernahmen führende Positionen in kriegswichtigen Ämtern. In der Ostjudenfrage, dem Palästina-Problem und dem Ringen der deutschen Politik um die Haltung der USA zu den kriegführenden Mächten begann eine enge Zusammenarbeit zwischen deutschen Behörden und jüdischen Organisationen.⁷ Alle diese Anzeichen für eine nachhaltige Verbesserung der deutsch-jüdischen Beziehungen konnten indes nicht darüber hinwegtäuschen, daß die antijüdischen Animositäten fortbestanden. Als die Kriegsbegeisterung in Enttäuschung und Unzufriedenheit umschlug, flammte der Judenhaß in Militär, Gesellschaft und Politik wieder auf.

Erstens: Im militärischen Bereich machte sich der Antisemitismus schon im Jahre 1915 deutlich bemerkbar. Zum einen kamen bei den Offizieren die antijüdischen Vorurteile wieder zum Vorschein. Die Zensur zum Beispiel, die in den Händen der örtlichen Militärbefehlshaber lag, duldete und begünstigte sogar die Veröffentlichung antisemitischer Artikel in der rechtsgerichteten Presse. Gleichzeitig ging, vor allem in der preußischen Armee, die Beförderung jüdischer Unteroffiziere zu Offizieren merklich zurück. Das aristokratische Offizierskorps, in dem der Antisemitismus Tradition hatte, sah sich durch die Aufnahme von Juden zunehmend in seiner Exklusivität bedroht. Während die meisten Offiziere bisher den „plebejischen Antisemitismus der Demagogen abgelehnt hatten, gaben sie in dieser Situation ihre vornehme Zurückhaltung auf und traten mit notorischen Judenhassern aus rechtsradikalen Organisationen wie dem „Alldeutschen Verband“, dem

⁶ H. S. Chamberlain, Kriegsaufsätze, München 1915, S. 46.

⁷ Vgl. Ernest Hamburger, Juden im öffentlichen Leben Deutschlands. Regierungsmitglieder, Beamte und Parlamentarier in der monarchischen Zeit 1848–1918, Tübingen 1968. Zechlin (s. Anm. 2).

„Reichshammerbund“ und der „Deutschvölkischen Partei“ in Verbindung. Der Antisemitismus faßte in der Militärverwaltung Fuß. Manche Offizierskasinos verwandelten sich in Zentren antisemitischer Agitation.⁸ Zum anderen stellte sich, als der „Geist von 1914“ verblaßte, auch bei den einfachen Soldaten die tief verwurzelte antijüdische Gesinnung wieder ein. Nach den bekannten Regeln vorurteilsvollen Denkens und vorurteilsgestörter Wahrnehmung empfanden viele Soldaten ihren jüdischen Kameraden gegenüber Abneigung und brachten sie zum Ausdruck. Schon im Oktober 1914 machte Julius Marx, ein jüdischer Kriegsteilnehmer, die bittere Erfahrung, „daß man mich als Juden scheel ansieht. Bei Kriegsbeginn schien jedes Vorurteil verschwunden, es gab nur noch Deutsche. Nun hört man wieder die alten verhaßten Redensarten.“ Am 24. September 1916 notierte Marx: „Der Durchschnittsdeutsche mag eben den Juden nicht. Ich möchte hier nichts sein als ein deutscher Soldat – aber man sorgt nachgerade dafür, daß ich's anders weiß.“⁹

Die weitverbreitete antijüdische Haltung schlug sich in zahlreichen Beschwerden und zumeist anonymen Denunziationen nieder, die fortgesetzt beim preußischen Kriegsministerium einliefen. Seit Ende 1915 nahm die Eingabenflut lawinenartig zu. Ihre Urheber beklagten, daß eine unverhältnismäßig große Anzahl wehrpflichtiger Angehöriger des israelitischen Glaubens vom Heeresdienst befreit sei oder sich unter allen nur möglichen Vorwänden davor drücke. „Auch soll es nach diesen Mitteilungen eine grosse Zahl im Heeresdienst stehender Juden verstanden haben, eine Verwendung ausserhalb der vordersten Front, also in dem Etappen- und Heimatgebiet und in Beamten- und Schreiberstellen zu finden.“¹⁰ Obwohl die

⁸ Vgl. *Jochmann* (s. Anm. 4), S. 422.

⁹ *Julius Marx*, Kriegstagebuch eines Juden, Frankfurt a. M. 1964, S. 129; vgl. *Reichmann* (s. Anm. 4).

¹⁰ Erlaß des preußischen Kriegsministers Wild v. Hohenborn zwecks Nachweisung aller beim Heere befindlichen wehrpflichtigen Juden, 11. Oktober 1916. Abgedruckt in und zitiert nach *W. T. Angress*, Das

Beschwerden zweifellos die antisemitische Stimmung in der Truppe gut widerspiegelten, waren sie mit Sicherheit nicht das Ergebnis einer spontanen Aktion. Vielmehr instrumentalisierten antisemitische Gruppen die neu entflammten Vorurteile und steuerten sie in einer innerhalb und außerhalb des Heeres breit angelegten Kampagne.

Das Kriegsministerium, das den manipulativen Charakter der Eingaben offensichtlich durchschaute, maß ihnen lange Zeit keine besondere Bedeutung bei. Am 11. Oktober 1916 jedoch, wenige Wochen nach der Berufung von Generalfeldmarschall Paul v. Hindenburg und General Erich Ludendorff an die Spitze der Dritten Obersten Heeresleitung, nahm der preußische Kriegsminister die Klagen überraschend zum Anlaß, eine statistische Erhebung über die Dienstverhältnisse der deutschen Juden im Kriege anzuordnen. Angeblich sollte die sog. Judenzählung, wie die im Feldheer, in der Etappe und im Besatzungsheer durchgeführte Nachweisung bald genannt wurde, die Haltlosigkeit der Beschwerden belegen, also dem Antisemitismus entgegenzutreten. In Wirklichkeit gaben antisemitische Beweggründe den Ausschlag.¹¹ Hiervon ließ sich das preußische Kriegsministerium auch leiten, als es sich weigerte, entsprechend jüdischen Forderungen die Ergebnisse der Erhebungen zu veröffentlichen. Mit dem Oktober-Erlaß gewann der Antisemitismus zum erstenmal seit dem Ausbruch des Krieges Einfluß auf die offizielle Politik.

Die Judenzählung ist mit vollem Recht „die größte statistische Ungeheuerlichkeit“ genannt worden, „deren sich eine Behörde je schuldig gemacht hat“¹². Von ihr ging eine schlechthin verheerende Wirkung aus. Zum einen förderte der Erlaß, mit dem die oberste Militärbehörde das stereotype Vorurteil von der „jüdischen Drückebergerei“ faktisch sanktio-

deutsche Militär und die Juden im Ersten Weltkrieg, in: *Militärhistorische Mitteilungen* 19 (1976), S. 77–146, hier S. 97.

¹¹ Vgl. ebd.; *Zechlin* (s. Anm. 2), S. 529 ff.; *Jochmann* (s. Anm. 4), S. 422 ff.; *Hamburger* (s. Anm. 7), S. 117 f.

¹² *Oppenheimer* (s. Anm. 5), S. 14.

niert hatte, den Antisemitismus im Heer. Er untergrub die Autorität der jüdischen Vorgesetzten, leistete den alltäglichen Schikanen und Sticheleien vieler Soldaten gegen ihre jüdischen Kameraden Vorschub und trieb diese immer mehr in die Isolation. „Je länger der Krieg sich hinauszog, um so häufiger erreichte mich die Kunde“, berichtete der jüdische Historiker Gustav Mayer, „daß in der scheinbaren Endlosigkeit des Stellungskrieges deutsche Feldgraue sich von den jüdischen Kameraden, die im Schützengraben neben ihnen lagen, feindlich absonderten. Und von der Front teilte sich diese neue antisemitische Woge alsbald der Heimat mit.“¹³ Im Sommer 1918 mußten jüdische Soldaten auf Flugblättern lesen: „Überall grinst ihr Gesicht, nur im Schützengraben nicht.“¹⁴ Zum anderen zogen die antisemitischen Organisationen aus der Juden-zählung propagandistischen Nutzen. Sie konnten sich künftig auf das preußische Kriegsministerium berufen. Besonders zugute kam ihnen die Geheimhaltung der Ergebnisse, die zu den unsinnigsten Gerüchten Anlaß gab. Daran knüpfte die antisemitische Agitation an und erweckte den Anschein, als ob ihre Behauptungen auf statistisch bewiesenen Tatsachen beruhten.

Schließlich markierte der Erlaß vom 11. Oktober 1916 einen tiefen Einschnitt in den deutsch-jüdischen Beziehungen. Viele Juden empfanden die Entscheidung des Kriegsministeriums als den „untilgbar schmähdlichsten Schimpf, der unsere Gemeinschaft seit ihrer Einbürgerung schändete“.¹⁵ Ernüchterung, Enttäuschung und Erbitterung breiteten sich aus. Der Schriftsteller Jakob Wassermann verlieh der Verzweiflung darüber Ausdruck, daß offensichtlich der „Weg als Deutscher und Jude“ in eine Sackgasse führt und keine noch so großen Opfer der Juden für ihr deutsches Vaterland die antisemitischen Vor-

¹³ Gustav Mayer, *Erinnerungen. Vom Journalisten zum Historiker der deutschen Arbeiterbewegung*, Zürich 1949, S. 367.

¹⁴ Mitteilungen aus dem Verein zur Abwehr des Antisemitismus 28. Nr. 10 und 11 (12. 6. 1918), S. 55.

¹⁵ R. Lewin, *Der Krieg als jüdisches Erlebnis*, in: *Monatsschrift für Geschichte und Wissenschaft des Judentums* 63 (1919), 1–14, hier S. 9.

urteile aus der Welt zu schaffen vermögen. „Jedes Vorurteil, das man abgetan glaubt, bringt, wie ein Aas die Würmer, tausend neue zutage ... Es ist vergeblich, in das tobsüchtige Geschrei Worte der Vernunft zu werfen. Sie sagen: was, er wagt es aufzumucken? Stopft ihm das Maul ... Es ist vergeblich, für sie zu leben und für sie zu sterben. Sie sagen: er ist ein Jude.“¹⁶

Zweitens: Im wirtschaftlich-sozialen Bereich führte der Krieg zu einer außerordentlichen Verschärfung der Gegensätze und Spannungen.¹⁷ Während Arbeiter, Angestellte, Beamte, bestimmte Gruppen des Handwerks und Einzelhandels sowie kleinere und mittlere Bauern einen spürbaren Rückgang ihrer realen Einkommen hinnehmen mußten, verdienten Unternehmer insbesondere der Rüstungsindustrie, Großagrarier, ein Teil der Kaufleute und auch die Schleichhändler sehr gut. Die Einkommens- und Vermögensunterschiede vergrößerten sich. Aufreizende Konsumunterschiede machten den Verarmungsprozeß der überwiegenden Mehrheit und den Bereicherungsprozeß einer relativ kleinen Minderheit manifest. Auf der einen Seite litt die große Masse der Bevölkerung unter dem Mangel an Lebensmitteln, Kohlen und anderen Verbrauchsgütern. Im sog. „Kohlrübenwinter“ 1916/17 forderten Hunger und Kälte besonders in den Städten hohe Opfer an Gesundheit und Leben. Auf der anderen Seite blieben reiche und gutverdienende Gesellschaftsgruppen von solchen Heimsuchungen verschont. Wer über genügend Geld verfügte, konnte sich Lebensmittel und selbst Luxusgüter in Hülle und Fülle leisten. Die ungerechte Verteilung der Kriegslasten sprach den Appellen an die nationale Solidarität hohn. Immer größerer Unmut breitete sich aus. „Mit Erbitterung“, hieß es in einem Bericht der stellvertretenden Generalkommandos über die Stimmungslage in der Bevölkerung, „sieht der kleine Mann und der Mittelstand, daß die behördlichen Maßnahmen hinsichtlich der Erfassung

¹⁶ Jakob Wassermann, *Mein Weg als Deutscher und Jude*, Berlin 1921, S. 122f.

¹⁷ Jürgen Kocka, *Klassengesellschaft im Krieg. Deutsche Sozialgeschichte 1914–1918*, Göttingen 1978, Frankfurt a. M. 1988.

usw. versagen. Denn für teures Geld ist noch immer alles in beliebiger Menge zu haben.“¹⁸ Insgesamt schufen unzureichende Ernährung, ungerechte Verteilung der Lasten und staatliche Zwangswirtschaft eine Atmosphäre der Unzufriedenheit und des Mißtrauens, in der nicht nur der Staat, die Herrschenden, die Reichen, also „die da oben“, den Zorn und die Empörung der Bevölkerung auf sich zogen, sondern auch die jüdischen Mitbürger. Sie wurden als Nutznießer der Kriegswirtschaft angesehen und als Kriegsgewinnler an den Pranger gestellt. Hierfür gaben hauptsächlich zwei Gründe den Ausschlag.

Zum einen war das jahrhundertealte stereotype Vorurteil vom jüdischen Wucher immer noch lebendig und begründete in Stadt und Land einen autochthonen Antisemitismus. Der „einfache Mann“ verband Spekulant- und Schiebertum unwillkürlich mit Judentum.¹⁹ Infolgedessen fiel, als im Laufe des Krieges mit den Versorgungsproblemen der Schleichhandel zunahm, der Verdacht wie von selbst auf „den“ Juden. Diejenigen vor allem, die unter der Kriegswirtschaft besonders zu leiden hatten oder sich benachteiligt fühlten und die komplexen Ursachen ihrer Misere nicht durchschauten, reagierten unwillkürlich antisemitisch. Der schlecht verdienende Angestellte z. B., der auf dem schwarzen Markt die teuren Lebensmittel nicht bezahlen konnte, oder der Bauer, der seine Produkte zu festgesetzten Niedrigpreisen abliefern mußte, sahen im Juden den Schuldigen. Besorgt berichteten die stellvertretenden Generalkommandos, daß in der Stadt wie auf dem Lande eine immer stärker werdende antisemitische Bewegung nicht zu verkennen sei.

„In den Städten verdienen die Juden an allen Lebensmitteln und an allen Gegenständen des täglichen Bedarfs, auf dem Lande tritt dem Besitzer bei der Abnahme von Vieh, Stroh, Kartoffeln, Getreide usw.

¹⁸ Aus den Zusammenstellungen der Monats-Berichte der stellvertretenden Generalkommandos. Bericht vom 3. Oktober 1918 aus Danzig. Zitiert nach *Kocka* (s. Anm. 17), S. 44.

¹⁹ Vgl. *Zechlin* (s. Anm. 2), S. 521.

als Kommissär des Viehhandelsverbandes oder der zahlreichen Kriegsgesellschaften fast immer ein Jude entgegen, der mühelos und ohne Gefahr die sehr hohen Provisionen einsteckt.“²⁰

Zum anderen gab es die antisemitischen Organisationen, die, wie zum Beispiel der radikale völkische „Reichshammerbund“, eine außerordentlich intensive Agitation entfalten. Sie gaben die Parolen aus und wirkten so an einer Verschärfung, Stereotypisierung und Ideologisierung der antijüdischen Vorurteile mit. Dies geschah nach bewährtem Muster. Dazu gehörte einmal die unzulässige Verallgemeinerung. Die Propagandakampagne setzte stets an einem einzelnen Fall an, in dem sich ein Jude bereichert hatte, griff ihn heraus, übertrieb ihn maßlos und stellte ihn als typisch hin. In Wirklichkeit profitierten Juden nicht häufiger und nicht seltener von der Kriegswirtschaft, als es dem jüdischen Anteil an bestimmten Wirtschaftszweigen entsprach. Die jüdische Minderheit war z. B. überproportional am Handel beteiligt, in der Schwerindustrie aber so gut wie gar nicht vertreten. Folglich setzten die Antisemiten Kriegsgewinn mit Handel und Judentum gleich. Von der Rüstungsindustrie sprachen sie nicht. „Es scheint ... national zu sein, wenn man an Kanonen und Panzerplatten verdient“, bemerkte Ende 1917 der Leipziger Rabbiner Felix Goldstein, „wohingegen bei Eiern und Strümpfen der Landesverrat einsetzt.“²¹ Zum Muster antisemitischer Agitation gehörte zum anderen die Hypostasierung. Der jüdische Kriegsgewinnler sei, wie es hieß, nichts anderes als der in ein zeitgemäßes Gewand geschlüpfte ewige jüdische Wucherer, und der verkörpere mit seiner unersättlichen Geldgier in charakteristischer Weise das Wesen des Judentums. Antisemitische Zeitungen, Broschüren und Flugblätter hämmerten ihren Lesern dieses Klischee vom „jüdischen Kriegsgewinnler“ ebenso unablässig ein wie das vom „jüdischen Drückeberger“. Während, so lautete der Tenor

²⁰ Bericht vom 3. Februar 1917, zitiert nach *Kocka* (s. Anm. 17), S. 103.

²¹ *F. G. (oldstein)*, Alldeutsch oder international, in: *Im deutschen Reich* 23 (1917) S. 499–506, hier S. 503; vgl. *Jochmann* (s. Anm. 4), S. 418.

der Propaganda, der tapfere deutsche Soldat mit der Waffe in der Hand sein Vaterland an der Front verteidigt, bereichere sich der skrupellose Jude in der Heimat an der Not des deutschen Volkes.

Zur Unterstützung dieser massenwirksamen Agitation brachte der Antisemitismus die Legende von der jüdisch beherrschten Kriegswirtschaft in Umlauf. Diese verschwörungstheoretische Ideologisierung des Judenhasses bildete ein weiteres Merkmal der antisemitischen Agitation gegen Kriegsgewinnler. Alfred Roth tat sich hier besonders hervor. Der ehemals führende Funktionär des „Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes“ war seit Juni 1914 Bundeswart des „Reichshammerbundes“ und spielte nach dem Krieg als Hauptgeschäftsführer des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ eine führende Rolle im organisierten Antisemitismus. Im Frühjahr 1916, als die Knappheit an Nahrungsmitteln und die Verschlechterung der Lebensverhältnisse den Boden bereitet hatten, verfaßte Alfred Roth gemeinsam mit dem antisemitischen Veteranen und „Ehren-Bundeswart“ Theodor Fritsch eine Denkschrift, die er an den Kaiser, die Bundesfürsten und führende Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens verschickte.²² Roth wies auf die Rolle hin, die Walther Rathenau beim Aufbau der „Kriegsrohstoffabteilung“ und der Hamburger Reeder Albert Ballin bei der Gründung der „Zentraleinkaufsgesellschaft“ gespielt haben. Ihrem Einfluß sei es zuzuschreiben, daß Juden in den zentralen Organisationen der Kriegswirtschaft führende Positionen innehätten. In diesem vom jüdischen Geist gelenkten „System Ballin – Rathenau“ griff „die jüdische Verfilzung des deutschen Wirtschaftslebens immer weiter um sich, das dadurch ganz in Judenhande gespielt und in seinen wichtigsten Teilen fast ausschließlich von Juden und Judengenossen beherrscht wurde“. Den Ausführun-

²² Vgl. Zechlin (s. Anm. 2), S. 521 f. Die Denkschrift ist abgedruckt bei O. Armin (Pseudonym für A. Roth), Die Juden in den Kriegsgesellschaften, München 1921, S. 15 ff.; vgl. H. Falk, Die Juden in den Kriegsgesellschaften, Berlin 1920.

gen Roths zufolge ging der jüdische Einfluß auf die deutsche Kriegswirtschaft ins Unermeßliche. „Die Juden sind damit in Wirklichkeit die Beherrscher des Wirtschaftslebens in Deutschland geworden.“²³

Die öffentliche Debatte über die Rolle der Juden in den Kriegsgesellschaften riß nicht wieder ab. In den politischen Parteien, selbst im „Zentrum“, bei den Liberalen und den Sozialdemokraten, schenkten viele Politiker den Gerüchten Glauben, die im Lande über die jüdischen Kriegsgewinnler kursierten. Am 19. Oktober 1916, eine Woche nach dem Erlaß des preußischen Kriegsministers, hob der Reichstagsabgeordnete Matthias Erzberger diese Frage auf eine parlamentarische Ebene. Auf Antrag des Zentrums politiklers forderte der Ausschuß, den der „Beirat des Reichstags für Volksernährung“ eingesetzt hatte, die Regierung auf, dem Reichstag eine eingehende Übersicht über das gesamte Personal aller Kriegsgesellschaften zu unterbreiten, und zwar „getrennt nach Geschlecht, militärpflichtigem Alter, Bezügen, Konfession“. Als jüdische Stellen gegen diese „ungeheure Verletzung der Ehre und der bürgerlichen Gleichstellung des deutschen Judentums“ heftig protestierten, strich das Innenministerium „aus grundsätzlichen Erwägungen“ das Kriterium der Konfession und führte im übrigen die Erhebung durch. Anders als die militärische Führung gab die Reichsleitung den Antisemiten also nicht nach. Auch trat sie im Unterschied zu den Militärs der Agitation öffentlich entgegen. Karl Helfferich, Staatssekretär des Inneren und stellvertretender Reichskanzler erklärte auf eine Anfrage des deutschvölkischen Abgeordneten Ferdinand Werner im Reichstag: „Eine Bevorzugung von Juden bei Kriegsgesellschaften findet nicht statt.“²⁴ Dennoch breiteten sich im weiteren Verlauf des Krieges das stereotype Vorurteil vom „jüdischen Kriegsgewinnler“ und die Legende von der wirtschaftlichen Ausbeutung des deutschen Volkes durch die Juden weiter aus.

²³ Armin (s. Anm. 22), S. 14 u. 52; vgl. Zechlin (s. Anm. 2), S. 522.

²⁴ Vgl. Zechlin (s. Anm. 2), S. 525 ff. Dort Zitate mit Nachweisen und weiteren Belegen.

Drittens: Im politisch-ideologischen Bereich verursachten die Auseinandersetzungen über Kriegsziele und -führung sowie über politische und soziale Reformen eine Polarisierung. Das Land spaltete sich in zwei feindliche Lager. Auf der einen Seite traten die „Falken“ für einen imperialistischen Siegfrieden, den unbegrenzten U-Boot-Krieg und eine Militärdiktatur ein, auf der anderen die „Tauben“ für einen Frieden ohne Annexion und Reparation, mehr demokratische Rechte und soziale Reformen. Hinter den „Falken“ stand das „Kartell der schaffenden Stände“, dem die Spitzenverbände von Industrie und Landwirtschaft, die konservativen Parteien, Teile der Nationalliberalen und die Alldeutschen angehörten.²⁵ An Maßlosigkeit und Radikalität überboten die Alldeutschen ihre politischen Freunde bei weitem. Sie erhoben die höchsten Kriegszielforderungen, traten am entschiedensten für die Verschärfung der Kriegsführung ein, polemisierten am heftigsten gegen den angeblich zu „schlappen“ und kompromißbereiten Reichskanzler Theobald v. Bethmann Hollweg, riefen am lautesten nach der Errichtung einer Militärdiktatur und setzten sich an die Spitze des innenpolitischen Kampfes gegen die Parteien der Friedensresolution, die seit Sommer 1917 im Reichstag über eine Mehrheit verfügten.

Die Führung des ADV lag in den Händen des langjährigen Verbandsvorsitzenden Claß. Ihm stand seit April 1914 der bayerische General im Ruhestand Konstantin Freiherr v. Gebtsattel als Stellvertreter zur Seite. Als überzeugte Anhänger der völkischen Rassenideologie träumten beide Politiker von der Errichtung eines großgermanischen Reiches. Der Krieg, den sie lange herbeigesehnt hatten, schien das Ziel in erreichbare Nähe zu rücken. Gebtsattel, der es gewohnt war, „alle ernstesten politischen Fragen vom Rassenstandpunkt aus zu betrachten“, sah den Krieg nicht in erster Linie als machtpolitischen Hegemonialkampf der großen europäischen Mächte, sondern als Auseinandersetzung der Rassen und Weltanschauungen, als schicksalhaftes Ringen zwischen dem Guten und dem Bösen,

²⁵ Vgl. D. Stegmann, Die Erben Bismarcks, Köln 1970, S. 449–519.

„zwischen Helden- und Händlergeist – zwischen Ariertum und Judentum – zwischen idealem deutschen Familiensinn und schnödem englisch-amerikanischen Mammonismus“²⁶. Aus einer solchen ideologischen Perspektive erschien die Wirklichkeit in Form krasser, unversöhnlicher Gegensätze, und die Konfliktlinien verschoben sich. Der Gegner im Inneren wurde mit dem Feind von außen gleichgesetzt. Wer nicht bedingungslos auf der Seite des alldeutsch geführten Kartells stand, zählte zu den staatsfeindlichen Kräften, die Verteidigungswillen und Einheit des deutschen Volkes schwächten, d. h. den auswärtigen Mächten in die Hände arbeiteten. Das Spektrum der innenpolitischen Feinde reichte von den Sozialdemokraten über die Liberalen und Katholiken bis hin zu den „Flaumachern“ im Regierungslager. Hinzu kamen die Juden, die ganz unabhängig von ihrer politischen Einstellung der Rassenzugehörigkeit wegen als Feinde des deutschen Volkes galten.

Die radikalen Antisemiten Claß und Gebtsattel, die den ADV leiteten, stellten ihre rassenideologischen Überzeugungen nie in Frage und verloren zu keinem Zeitpunkt das Ziel aus dem Auge, den Einfluß der Juden in Deutschland zu bekämpfen. Selbst bei Ausbruch des Krieges ließen sie sich von der patriotischen Opferbereitschaft der jüdischen Mitbürger und vom Geist des Burgfriedens nicht im geringsten beeindrucken. Gebtsattel teilte Claß in vertraulichen Briefen unverhohlen mit, daß der Krieg genutzt werden müsse, um das 1912 vom alldeutschen Verbandsvorsitzenden im Kaiser-Buch verkündete Programm durchzusetzen: „Auf alle Fälle muß erreicht werden: Lösung der 1. Juden- und 2. Wahlrechtsfrage im Sinne Frymanns.“ „Die Ziele des Krieges müssen zweierlei sein: 1. Sicherung unserer Weltstellung, unseres Platzes an der Sonne und unserer Bewegungsfreiheit. 2. Entfernung des ... Giftes aus unserem Volkskörper.“²⁷ Aus taktischen Gründen setzte die

²⁶ Vgl. Uwe Lohalm, Völkischer Radikalismus. Die Geschichte des Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes 1919–1923, Hamburg 1970, S. 46f. Zitate aus Briefen Gebtsattels vom 4. 12. 1914 und 29. 5. 1916.

²⁷ Briefe Gebtsattels an Claß vom 4. und vom 6. 8. 1914. Zitiert nach

alldeutsche Führung solche weitreichenden Forderungen vorerst nicht auf die politische Tagesordnung. Aber sie blieb auch nicht untätig. Gute Ansatzpunkte für eine Politik, die auf breitere Zustimmung hoffen konnte, bot die Ostjudenfrage.

Der Zustrom von Juden aus dem Osten, der im letzten Drittel des 19. Jahrhunderts größere Ausmaße angenommen hatte, weckte von Anfang an Ängste und erregte die Gemüter. Treitschkes berühmt-berüchtigte Worte aus dem Jahre 1879 von den „hosenverkaufenden Jünglingen“, die Jahr für Jahr über die deutsche Ostgrenze hinweg „aus der unerschöpflichen polnischen Wiege“ nach Deutschland eindringen, legten hier von ebenso Zeugnis ab wie die Antisemiten-Petition von 1880/81. Seither gehörte die Ostjudenfrage zu den zugkräftigsten Themen der antisemitischen Agitation. Diese malte das Gespenst der Überfremdung an die Wand und verbreitete das Ostjudenstereotyp, dessen dominierende Züge Schmutz, Krankheiten, „Schnorrertum“ und Unredlichkeit waren. Als im Kriege Mangel an Arbeitskräften herrschte, wurden die bisher unerwünschten Ostjuden als Arbeiter „mit mehr oder weniger Zwang“ nach Deutschland gebracht.²⁸ Längst bevor deutsche Zivil- und Militärbehörden solche Maßnahmen planten, forderte Claß am 28. August 1914 in einer ADV-Vorstandssitzung „den sofortigen Schluß unserer Grenzen gegen Osten, um dem weiteren Zuzug von Juden vorzubeugen.“²⁹ Um ihrem Verlangen Nachdruck zu verleihen, wiesen Gebtsattel und andere Antisemiten in zahllosen Denkschriften bzw. Eingaben an die Regierungen von Reich und Ländern immer wieder auf diese.

E. Hartwig, Alldeutscher Verband (ADV) 1891–1939, in: D. Fricke (Hrsg.), Lexikon der Parteiengeschichte. Die bürgerlichen und kleinbürgerlichen Parteien und Verbände in Deutschland 1789–1945, Bd. 1, Leipzig 1983, S. 28f.

²⁸ Vgl. Jochmann (s. Anm. 4), S. 504; vgl. S. Adler-Rudel, Ostjuden in Deutschland 1880–1940, Tübingen 1959; Zechlin (s. Anm. 2), S. 101–284; T. Maurer, Medizinalpolizei und Antisemitismus. Die deutsche Politik der Grenzsperrung gegen Ostjuden im Ersten Weltkrieg, in: Jahrbücher für Geschichte Osteuropas 33 (1985), S. 205–230; dies., Ostjuden in Deutschland 1918–1933, Hamburg 1986, S. 34–44.

²⁹ H. Claß, Wider den Strom, Leipzig 1932, S. 322.

angebliche Bedrohung hin, die nie bestand. Während des gesamten Krieges kamen insgesamt nicht mehr als etwa 35 000 Ostjuden nach Deutschland. Dennoch sprachen die Antisemiten davon, daß Ostjuden „wie ein Heuschreckenschwarm über das deutsche Reich“ herfielen und dem Land die akute Gefahr einer Masseneinwanderung von „6 Millionen minderwertiger, vermongolisierter Menschen“ drohe.³⁰ Der Alldeutsche Georg Fritz trug 1915 das Thema in die Öffentlichkeit. Seine Broschüre *Die Ostjudenfrage* löste eine Debatte aus, die der antisemitischen Presse Gelegenheit gab, zum einen die antijüdische Einstellung insgesamt zu fördern und zum anderen den Druck auf die Regierung zu verstärken. Im April 1918 verboten die preußischen Behörden die Anwerbung von polnisch-jüdischen Arbeitern und verfügten eine Sperre der preußischen Ostgrenze. An diesem Ausnahmegesetz gegen Juden zeigte sich der wachsende Einfluß des Antisemitismus auf die deutsche Politik.³¹

Die Alldeutschen beschränkten ihre antisemitischen Aktivitäten nicht auf die Ostjudenfrage. Seit 1916 wirkten sie auch an der Agitation gegen „jüdische Drückeberger“ und „jüdische Kriegsgewinnler“ mit. Und im Sommer 1917 kam es zu einer weiteren bedeutsamen antisemitischen Eskalation. Nicht nur verbesserte der ADV durch den Erwerb einer neuen Monatszeitschrift und der *Deutschen Zeitung* seine Einflußmöglichkeiten beträchtlich. Es spitzten sich auch die innenpolitischen Gegensätze drastisch zu. Einerseits mußte Bethmann Hollweg zurücktreten. Die Dritte Oberste Heeresleitung unter Hindenburg und Ludendorff erhielt eine nahezu unbeschränkte militärdiktatorische Machtfülle. Andererseits formierte sich die Opposition, gewann die Mehrheit im Reichstag und verabschiedete eine Resolution, die sich zu einem Frieden ohne Annexionen und Kontributionen bekannte.

³⁰ Denkschrift Gebtsattels an das Königl. Bayerische Staatsministerium vom 30. 8. 1915, zitiert nach Jochmann (s. Anm. 4), S. 412f.

³¹ G. Fritz, Die Ostjudenfrage. Zionismus und Grenzschluß, München 1915; vgl. Maurer 1985 (s. Anm. 28), S. 209.

Die Bemühungen von konservativer Seite, Hoffnungen auf Sieg und Annexionen zu wecken und auf diese Weise den brüchig gewordenen Massenkonsens wiederherzustellen, führten zur Gründung der „Deutschen Vaterlandspartei“. Sie war ein Sammelbecken völkisch-nationaler und annexionistischer Kreise und stieg in kürzester Zeit zur mitgliederstärksten Partei des Kaiserreichs auf. Vor diesem Hintergrund einer krisenhaften Zuspitzung und Polarisierung der innenpolitischen Auseinandersetzungen erschien am 18. Juni 1917 in der *Deutschen Zeitung* ein von Claß verfaßter und von Gebattel unterzeichneter Artikel. Er trug die Überschrift „Alldeutsch – vielleicht alljüdisch?“ und war gedacht als „Kriegserklärung an das Alljudentum“.³² Der Artikel setzte die Partei des „Siegfriedens“ mit dem Alldeutschtum und die des „Verzichtfriedens“ mit dem internationalen Judentum gleich. Mit der Verbreitung dieser Legende verfolgte die alldeutsche Führung im Sommer 1917 ein doppeltes Ziel. Sie wollte zum einen der wachsenden Kriegsmüdigkeit und Friedenssehnsucht entgegenwirken und damit die Parteien der Friedensresolution ihres Einflusses berauben. Zum anderen sollte die Bevölkerung zu weiteren Opfern und Anstrengungen angespornt und die Propagandakampagne der „Vaterländischen Partei“ unterstützt werden.

Als ein gutes Jahr später die Oberste Heeresleitung durch ihre Waffenstillstandsforderung die militärische Niederlage des Kaiserreichs eingestehen mußte, erfüllte der Mythos vom internationalen Judentum als Anstifter der Friedensresolution und Drahtzieher der „Verzichtpolitik“ eine Sündenbockfunktion. Die Juden, in der alldeutschen Presse als „Ferment der Dekomposition“ oder „Gift der Zersetzung“ diffamiert,³³ wurden beschuldigt, den Volkskörper von innen ausgehöhlt, dem Heer den Dolchstoß versetzt und das Reich ins Verderben gestürzt zu haben. Mit diesem propagandistischen Manöver

³² Brief Gebattel an Claß vom 16. 6. 1917, Zitiert nach *Lohalm* (s. Anm. 26), S. 49.

³³ Vgl. ebd., S. 49ff. Zitate aus einem Artikel Gebattels in der „Deutschen Zeitung“ vom 15. 10. 1918.

sollte das Versagen der politischen und militärischen Führung verschleiert, die Schuld den Juden aufgebürdet und eine möglichst gute Ausgangsposition für die Wiederaufnahme des Kampfes nach dem Kriege gewonnen werden.

Die antisemitische Stoßrichtung ihrer Nachkriegspolitik legte die alldeutsche Verbandsführung schon vor dem Zusammenbruch des Kaiserreiches fest. Sie bildete im September 1918 zur besseren Koordination der antisemitischen Aktivitäten einen Ausschuß für die Bekämpfung des Judentums, dem alle bekannten Partei- und Verbandsantisemiten angehörten. Einen Monat später gaben die beiden führenden Vertreter des ADV auf einer Sitzung des „Geschäftsführenden Ausschusses“ die Parolen für die Nachkriegszeit aus. Gebattel forderte seine alldeutschen Gesinnungsgenossen dazu auf, „die Lage zu Fanfaren gegen das Judentum und die Juden als Blitzableiter für alles Unrecht zu benutzen“. Und Claß verkündete mit einer Klarheit, die nichts zu wünschen übrigließ, daß er bereit sei, den Antisemitismus bewußt und bedenkenlos als politische Waffe einzusetzen. Selbst Mordaktionen hielt er für gerechtfertigt. „Ich werde vor keinem Mittel zurückschrecken und mich in dieser Hinsicht an den Ausspruch Heinrich von Kleists, der auf die Franzosen gemünzt war, halten: Schlagt sie tot, das Weltgericht fragt Euch nach den Gründen nicht!“³⁴

³⁴ Vgl. ebd., S. 53.